

Adoption für eingetragene Paare: Regierung reagiert auf Landtagsentscheid

Gesetzesanpassung Der Landtag hat vergangene Woche der Fortführung des Adoptionsverbots für eingetragene Paare nicht zugestimmt. Die Regierung nimmt dieses Signal auf und setzt erste Schritte.

VON DANIELA FRITZ

Mit knapper Mehrheit lehnte der Landtag vergangene Woche den von der Regierung neu vorgeschlagenen Artikel 25 des Partnerschaftsgesetzes ab. Damit wäre das bisher bestehende Verbot der gemeinsamen Adoption sowie des Einsatzes von Fortpflanzungsmedizin fortgeführt worden. FBP und FL befürchteten jedoch, dass mit dieser Bestimmung erneut eine Diskriminierung ins Partnerschaftsgesetz aufgenommen würde.

Schliesslich musste die Politik erst gerade nachbessern, weil der Staatsgerichtshof (StGH) eine Diskriminierung von eingetragenen Paaren aus-

machte. Im vergangenen Frühjahr hatte der StGH festgestellt, dass das Verbot der Stiefkindadoption für eingetragene Paare gegen die Verfassung verstösst. Weil im entsprechenden Artikel 25 auch die generelle Adoption sowie der Einsatz von Fortpflanzungsmedizin geregelt sind, gab das Gericht dem Gesetzgeber ein Jahr Zeit für Anpassungen. Gibt es bis 12. Juli 2022 keine Lösung, hebt der StGH die Bestimmung auf, womit nicht nur die Stiefkindadoption vom Tisch wäre.

Überraschender Entscheid

Zwar hätten sich viele diesen Schritt in Richtung Gleichbehandlung gewünscht. Die Regierung hingegen wollte dies nicht ohne breite öffentliche Diskussion angehen, sie schlug daher nur eine Minimalanpassung des Partnerschaftsgesetzes vor. Der Landtag machte dem mit seiner Entscheidung von vergangener Woche jedoch einen Strich durch die Rechnung.

«Das hat mich schon überrascht, ist aber von der Regierung zu akzeptieren», erklärte Justizministerin Graziella Marok-Wachter gestern gegenüber Radio L. Aus ihrer Sicht wäre



«Wir interpretieren den Landtagsentscheid so, dass eine Mehrheit eine komplette Gleichstellung bei Adoption und Fortpflanzungsmedizin will.»

GRAZIELLA MAROK-WACHTER
JUSTIZMINISTERIN

der Vorschlag der Regierung durchaus verfassungskonform gewesen. Mit der neuen Ausgangslage ergibt sich zudem eine Rechtsunsicherheit. Denn ab 12. Juli wird das StGH-Urteil schlagend - das Verbot der gemein-

samen Adoption eines fremden Kindes sowie des Einsatzes von Fortpflanzungsmedizin läuft damit aus. Damit steht das Partnerschaftsgesetz jedoch im Widerspruch zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB), wo die gemeinsame Adoption nur Eheleuten erlaubt ist. «Die gewünschte Gleichstellung ist im Adoptionsrecht nicht umgesetzt», fasste Marok-Wachter zusammen.

Adoptionsrecht wird angepasst

Um Rechtssicherheit zu schaffen, arbeitet die Regierung nun eine entsprechende Gesetzesvorlage aus. «Wir interpretieren den Landtagsentscheid so, dass eine Mehrheit eine komplette Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare bei Adoption und Fortpflanzungsmedizin will», so die Justizministerin. Ihr sei es jedoch wichtig, dass diese Anpassung den ordentlichen Gesetzesprozess durchläuft. «Nur so kann sichergestellt werden, dass auch die entsprechenden Diskussionen geführt werden und Volk und Fürst ihre Rechte wahrnehmen können», betonte Marok-Wachter. Anders sieht dies bei Urteilen des Staatgerichtshofes aus, wo weder Fürstenhaus noch

Volk Möglichkeiten zur Einsprache haben. Schon länger herrscht in Liechtenstein eine Rechtsunsicherheit bezüglich Fortpflanzungsmedizin, denn es gibt kein entsprechendes Gesetz. Liechtenstein lehnte sich hier einfach an die Schweiz an. Von diesen Problemen sind ab Juli gleichgeschlechtliche Paare ebenso betroffen wie Heterosexuelle. Immerhin hat Gesellschaftsminister Manuel Frick aber für diese Legislatur ein entsprechendes Gesetz angekündigt.

Was weitere Rechte für Homosexuelle angeht, bleibt die Regierung zurückhaltend. Wer von der Regierung die «Ehe für alle» fordere, habe ein falsches Rollenverständnis. «Man muss berücksichtigen, dass die Regierung die Exekutive und nicht die Legislative ist», so Marok-Wachter. Die Regierung halte sich an ihr Programm, das von den jeweiligen Parteibasen abgesegnet worden sei. Sieht der Landtag hingegen Handlungsbedarf, könne er von sich aus als Gesetzgeber Vorstösse einbringen. Einen entsprechenden Schritt hatte der FBP-Abgeordnete Daniel Seger bereits im März-Landtag angekündigt.



(Foto: ZVG/KapoSG)

Aus der Region Brennendes Auto steckte Schuppen an

BUCHS Am Mittwochnachmittag um kurz nach 13.50 Uhr hat ein Auto auf einem Ausstellplatz bei der Autobahnausfahrt Buchs/Schaan gebrannt. Das Feuer griff auf einen Holzschuppen über. Die Feuerwehr habe den Brand aber schnell unter Kontrolle gebracht. Das Auto gehörte einem 42-jährigen Mann, der gemeinsam mit seinem Beifahrer von Sargans herkommend auf der A13 in Richtung St. Gallen unterwegs war. Auf Höhe der Autobahnausfahrt Buchs/Schaan bemerkte der Lenker gemäss Angaben der Kantonspolizei St. Gallen, dass die Leistung des Autos nachliess. Im Rückspiegel habe er starke Rauchentwicklung gesehen. Daraufhin verliess der Fahrer gemäss Aussendung die Autobahn und stellte das Auto auf einem Ausstellplatz ab. Der Autofahrer und sein Beifahrer stiegen aus dem Auto aus, bevor es zu brennen begann. Dieses sei kurz darauf in Vollbrand geraten. Das Feuer griff zudem auf einen nebenstehenden Holzschuppen über. Verletzt wurde niemand. Die Brandursache dürfte auf einen technischen Defekt am Auto zurückzuführen sein. Am Auto und dem Schuppen entstand Sachschaden in der Höhe von rund 16 000 Franken. (red/pd)

Europatag 2022: Das «Europäische Jahr der Jugend» steht im Zeichen der Ukraine-Krise

Feier Nach einem Arbeitsgespräch mit Regierungschef Risch lud EU-Botschafter Petros Mavromichalis zum Europatag. Gedacht wird der Erklärung vom 9. Mai 1950, die den Beginn des europäischen Integrationsprozesses markiert.

Der Europatag ist dem «Europäischen Jahr der Jugend» gewidmet. Unter dem Motto «Für die Jugend. Mit der Jugend. Mit Ideen von der Jugend» eröffnet das «Europäische Jahr der Jugend» neue Zukunftschancen für junge Menschen bei Beruf, Bildung und politischer Mitbestimmung.

Während der Veranstaltung im Rathaussaal in Vaduz berichtete der uk-

rainische Erasmus-Student Mykola Subtelny, was der Ukraine-Konflikt für ihn, seine Familie und die Jugendlichen bedeutet. Regierungschef Risch ging in seiner Rede zum Europatag auf die Bedürfnisse und Hoffnungen der zukünftigen Generation ein und regte an, aktiv Brücken zu bauen zwischen den Menschen in Europa. «Dies insbesondere auch zwischen den Jugendlichen aus

der Ukraine und den Jugendlichen aus der Region», schreibt das Ministerium für Präsidiales und Finanzen in der Medienmitteilung. Im Anschluss an die Feierlichkeiten zum Europatag empfing Aussenministerin Dominique Hasler die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter der EU-Staaten zu einem aussenpolitischen Dialog. Zu den angesproche-

nen Themen zählten laut Aussendung die aussenpolitischen Prioritäten und Initiativen Liechtensteins, der Ukraine-Konflikt und weitere europapolitische Fragen. «Der Austausch mit den Botschaftern der EU-Mitgliedsstaaten ist wertvoll, um das Bewusstsein für den EWR und die Bedürfnisse der EWR-Staaten und insbesondere Liechtensteins zu fördern», so Hasler. (red/ikr)



Die Teilnehmer beim Europatag 2022 im Rathaussaal Vaduz.



EU-Botschafter Petros Mavromichalis wird von Regierungschef Daniel Risch im Regierungsgebäude zum Arbeitsgespräch empfangen. (Fotos: ZVG/IKR)



Mykola Subtelny, ukrainischer Student der Uni Liechtenstein, berichtete, was der Ukraine-Konflikt für ihn, seine Familie und die Jugendlichen bedeutet.

ANZEIGE

baustelleninfo

AMT FÜR TIEFBAU UND GEOINFORMATION
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

**Triesenberg Bergstrasse
Bushaltestelle Guferwald**



Das Land Liechtenstein wird am Montag, 16. Mai 2022, mit dem Bau der Bushaltestelle Guferwald beginnen. Die Bauarbeiten sehen eine bergseitige Bushaltestelle mit Fussgängerstreifen vor. Auf der Talseite wird ein Buswendepunkt mit Haltestelle und Wartekabine realisiert.

Die Arbeiten dauern voraussichtlich bis Ende September 2022. Der Verkehr wird teilweise mittels Lichtsignalanlage geregelt. Es muss mit Wartezeiten gerechnet werden.

Die Bauherrschaft und die beteiligten Unternehmen sind bemüht, die Arbeiten so zügig wie möglich auszuführen und danken bereits im Voraus für Ihr Verständnis.

AMT FÜR TIEFBAU UND
GEOINFORMATION
www.atg.llv.li

ANZEIGE



ePaper.volksblatt.li